

31.08.2021

# Antrag

der Fraktion der SPD

**NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

## I. Ausgangslage

Heranwachsende haben ein Recht auf Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Partizipation

Nach der mehr als 30 Jahre alten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen haben junge Menschen ein Recht darauf, ihre Interessen einzubringen und an Entscheidungsprozessen, die sie berühren, dem Alter und der Reife entsprechend angemessen beteiligt zu werden. Dieses Recht gilt auch in Krisenzeiten – auch bei der Gestaltung von Schule und Pandemieplänen.<sup>1</sup> Aus dieser Vorrangstellung des Kindeswohls und der Berücksichtigung des Kindeswillens leitet sich das rechtliche Erfordernis ab, dies auch auf den verschiedenen Entscheidungsebenen in der Praxis von Rechtsprechung, Verwaltung und in der direkten Arbeit mit Kindern umzusetzen. Neben der Verankerung im SGB VIII, findet sich auch im Dritten Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes das Erfordernis, dass Kinder und Jugendliche in angemessener Weise „an allen ihre Interessen berührenden Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen“<sup>2</sup> beteiligt werden sollen.

Gute Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe mit krisenfester Verankerung

In diesem Sinne hat sich NRW schon lange das Ziel gesetzt, eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik voranzutreiben.<sup>3</sup> Sie beruht auf der Annahme, dass Kinder und Jugendliche ganz bestimmte, spezifische Interessen und Bedürfnisse haben, die sich zwar von denen der Erwachsenen unterscheiden, aber genauso viel wert sind. Wird diese Haltung erfolgreich umgesetzt, drückt sich einmischende und eigenständige Kinder- und Jugendpolitik darin aus, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit ihren spezifischen Bedürfnissen und Interessen konsequent gesellschaftlich als vollwertige Subjekte behandelt werden und in diesem Bewusstsein für sie gute Lebensbedingungen hergestellt werden. Dazu gehört es

<sup>1</sup> Vgl. eingehender: Deutscher Bundestag, Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“, 15.04.2021, unter: [https://www.bundestag.de/re-source/blob/837810/6ea4b03f478f4b380c27f5fbcf63bc08/19\\_09-Stellungnahme-zum-Thema-Partizipation-von-Kindern-und-Jugendlichen--data.pdf](https://www.bundestag.de/re-source/blob/837810/6ea4b03f478f4b380c27f5fbcf63bc08/19_09-Stellungnahme-zum-Thema-Partizipation-von-Kindern-und-Jugendlichen--data.pdf), zuletzt geprüft am 23. Juli 2021.

<sup>2</sup> Vgl. § 6 des Dritten Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes NRW, unter: [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_bes\\_text?sg=0&menu=1&bes\\_id=6645&aufgehoben=N&anw\\_nr=2](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?sg=0&menu=1&bes_id=6645&aufgehoben=N&anw_nr=2), zuletzt geprüft am 22. Juli 2021.

<sup>3</sup> Vgl. Koalitionsverträge von 2010 und 2012, sowie <https://www.mkffi.nrw/eigenstaendige-jugendpolitik-nordrhein-westfalen>, zuletzt geprüft am 22. Juli 2021.

Datum des Originals: 31.08.2021/Ausgegeben: 02.09.2021

auch, die Folgen politischer Entscheidungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene systematisch zu prüfen. Sie fördert und stärkt deren Partizipation, die strukturell verankert ist, sich jedoch auch unabhängig von Politik und Verwaltung organisieren können muss.

Deshalb ist es zum einen wichtig, eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen, die ressortübergreifend die Belange und Themen junger Menschen mitdenkt. Zum anderen sollen junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache befähigt sein, sich wirkungsvoll einzumischen, d.h. mitzuentcheiden, wie ihre Lebenswelt und ihre Zukunft sicher und lebenswert gestaltet wird. Dabei darf Kinder- und Jugendbeteiligung niemals Selbstzweck sein, sondern muss kontinuierlich direkte, repräsentative und wirkungsvolle Mitsprache auf Augenhöhe gewährleisten. So können Meinungen und Argumente der jungen Generation in die Entscheidungsprozesse des Landes einfließen. Letztlich ist gute Kinder- und Jugendpolitik eine eigenständige Lebensphasenpolitik, die die Entwicklungsbedarfe von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Ausgangspunkt nimmt, die Umsetzung ihrer Interessen zum Ziel und ihre Themen im Blick hat.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass dies nicht der Fall ist und darüber hinaus deutlich gemacht, dass gute Kinder- und Jugendpolitik strukturell sowie krisenfest verankert und entsprechend hoch priorisiert sein muss. Dabei sind die finanziellen Möglichkeiten eines Landes letzten Endes nicht ausschlaggebend dafür, ob dieser Anspruch in die Tat umgesetzt wird oder nicht. Dies hängt vielmehr vom politischen Willen des Gesetzgebers und der entscheidungstragenden Akteure ab. Ernstgemeinte Partizipation bedeutet am Ende auch die Bereitschaft zur Machtabgabe. Davon ist NRW aktuell allerdings noch weit entfernt. Es gibt in unserem Land keine systematische Einbeziehung junger Menschen. Diese muss vielfältig und niedrigschwellig sein und kann sich nicht in der Beteiligung von Verbänden oder stark selektiv wirkenden Gremien erschöpfen.

Landesweite Kinder- und Jugendstrategie um dieses Ziel zu erreichen

Um eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik in die Tat umzusetzen, braucht NRW eine landesweite Kinder- und Jugendstrategie. Sie muss mit den jungen Menschen selbst erarbeitet werden. Dies erfordert ein Umdenken, Empathie und die Solidarisierung der älteren Generation. Junge Menschen sind eine schutzbedürftige Gruppe, die darauf angewiesen ist, dass Erwachsene für sie die Anwaltschaft übernehmen.<sup>4</sup> Gemeinsame Aufgabe aller Akteure ist es, die Kinder- und Jugendstrategie unter kontinuierlicher und effektiver Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Wirkung zeigt sie dann, wenn die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen bei politischen Entscheidungen strukturell und partizipativ als Priorität behandelt und angemessen berücksichtigt werden. Partizipation ist vor allem dann wertvoll und wird wahrgenommen, wenn sie anlassbezogen stattfindet und eine direkte Wirkung zeigt. Deshalb ist es entscheidend, die Kinder- und Jugendstrategie insbesondere in den Kommunen angemessen und verbindlich zu implementieren.

Dabei versteht sich eine Kinder- und Jugendstrategie als „eine grundsätzliche und langfristige Kombination aus Maßnahmen, um die Beteiligung junger Menschen und das Mitdenken ihrer Themen auf allen Politikfeldern der Landespolitik zu etablieren und sicherzustellen.“<sup>5</sup> Dieser Mix sollte vielfältig sein, verschiedene Stufen der Beteiligung mit angemessenen Zugangsvoraussetzungen anbieten und verschiedene Zielgruppen ansprechen. Zum einen geht es um

<sup>4</sup> Vgl. Jil Blume, „Eine Jugendstrategie für NRW! Jetzt!“; in: Thema Jugend. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung, 2/2021, S. 8f.

<sup>5</sup> Ebd., S. 9.

das Einholen der Meinung junger Menschen und zum anderen darum, dass sie eigenverantwortlich mitentscheiden können. Dafür passende Instrumente können etwa Kinder- und Jugendhearings, 1000-Stimmen-, sowie 100-Kita-Befragungen, die Einrichtung eines Expertinnen- und Experten-Rats sein. Dieser Prozess braucht kontinuierliches Qualitätsmanagement sowie wissenschaftliche und datenbasierte Begleitung.

### Entwicklungsbedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Was brauchen Heranwachsende, um sich körperlich, geistig, emotional und sozial gut zu entwickeln? Was können Erwachsene tun, damit Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu selbstwirksamen Persönlichkeiten werden, die sich auf ein gesundes Selbstwertgefühl verlassen können, um die Herausforderungen des Erwachsenenlebens gut zu bewältigen?

Nach dem Entwicklungsforscher Remo H. Largo müssen dafür zunächst einmal die Grundbedürfnisse (Geborgenheit, Anerkennung, Selbstentfaltung usw.) befriedigt sein. Heranwachsende – und im Grunde Menschen jeden Alters – brauchen die Gelegenheit, ihre Kompetenzen entfalten und ihre individuellen Vorstellungen und Überzeugungen entwickeln zu können.<sup>6</sup>

So stecken Kindheit und Jugendzeit voller Entwicklungsaufgaben, die die Weichen für ihren zukünftigen Lebensverlauf stellen. Dabei ist die Bindungsfähigkeit der Betreuungspersonen besonders elementar für kleine Kinder. Stress, sozio-ökonomische Unsicherheit, Ängste und familiäre Überlastung – wie etwa die Gleichzeitigkeit von Home-Office und Kinderbetreuung – können sich direkt negativ auf die Eltern-Kind-Beziehung auswirken. Mit zunehmendem Alter streben Kinder nach mehr Autonomie, suchen Orientierung, unterschiedliche soziale Erfahrungsräume und Feedback außerhalb des engsten Familienkreises. Gleichzeitig benötigen sie bei dieser zunehmenden Außenorientierung weiterhin Sicherheit, Kontinuität und stabile Beziehungen.<sup>7</sup>

Die Jugendzeit ist nicht einfach eine „Übergangsphase“ von der Kindheit zum Erwachsenensein. In diesem Lebensabschnitt entwickeln junge Menschen ihre eigene Identität, ein moralisches Bewusstsein, werden selbstständiger und suchen einen Platz in der Gesellschaft. Jugendliche machen prägende Erfahrungen mit Gleichaltrigen, erproben unterschiedliche Lebensentwürfe und stellen Weichen für die Zukunft. Damit dies gut gelingen kann, brauchen sie ausreichend Rückzugsraum und Räume für soziale Interaktionsmöglichkeiten außerhalb der Familie. Sie brauchen positive Erfahrungen damit, dass sie selbst eigene Entscheidungen treffen und umsetzen können.

Vor dieser Herausforderung stehen alle jungen Menschen, wenngleich sie ganz individuelle Voraussetzungen und Ressourcen zu deren Bewältigung haben. Damit sie eine faire Chance haben, tatsächlich teilzuhaben, ihre Potenziale selbstbestimmt zu entfalten und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken, brauchen sie die passenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

### Die Pandemie legt offen: die Bedarfe der jungen Generation werden ignoriert

In der Pandemie waren die Voraussetzungen für all diese Entwicklungsschritte z.T. massiv eingeschränkt, während der Leistungsdruck auf junge Menschen und ihre Familien im Grunde

<sup>6</sup> Vgl. Remo H. Largo, *Zusammen leben*, Frankfurt am Main, 2020, S. 27.

<sup>7</sup> Menno Baumann, Andree Berghäuser, Tijs Bolz, Thomas Martens, „Den Fokus neu denken - Skizze eines Pandemiemanagements auf der Grundlage der Bedürfnisse und Lern- und Entwicklungserfordernissen von Kindern, Jugendlichen und Familien“, Discussion Paper, SocialNet, Januar 2021, S. 13 – 19.

nicht angepasst wurde. So hätten die letzten eineinhalb Jahre sie „vor komplexe emotionale, psychische und organisatorische Herausforderungen“<sup>8</sup> gestellt, resümiert die Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Sie verspürten „verschiedene, sich gegenseitig verstärkende Mängel an Kontakt zu Gleichaltrigen, Platz, Bewegung, technischer Ausstattung, Tagesstruktur und teilweise auch physischer und psychischer Versorgung“,<sup>9</sup> heißt es in deren Stellungnahme weiter. Besonders hart sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dann betroffen, wenn sie sich in biographischen Umbruchphasen befinden und wichtige Entscheidungen für ihre Zukunft anstehen, wie z.B. bei einem Schulwechsel oder dem Ende der Schulzeit.

Insgesamt haben Kita- und Schulschließungen sowie allgemeine Kontaktbeschränkungen erhebliche negative Auswirkungen auf das psychische Wohlbefinden, das Gefühl der Teilhabe und das emotionale Erleben und Verhalten junger Menschen.<sup>10</sup> So fühlten sich seit dem zweiten Lockdown über 90 Prozent der 15- bis 30-Jährigen nicht wirklich gehört. Gut 58 Prozent gingen davon aus, dass ihre Situation für die Politik kaum eine Rolle spiele. 64 Prozent von ihnen fühlten sich psychisch belastet und knapp 61 Prozent einsam.<sup>11</sup> Dauerhaftes Einsamkeitsempfinden kann allerdings erhebliche negative körperliche und psychische Folgen haben.<sup>12</sup> Von der großen Sehnsucht junger Menschen nach Kontakten und Begegnung mit Gleichaltrigen berichten auch die Jugendverbände in NRW unter dem Eindruck der gerade durchgeführten Sommerfreizeiten. Etwa ein Drittel der Kinder und Jugendlichen hat im Zuge der Pandemie mit emotionalen und psychischen Auffälligkeiten reagiert.<sup>13</sup> Dieser erhöhte Druck auf Familien zeigt sich in einer Zunahme familiärer Krisen bis hin zu häuslicher Gewalt und hat die Bildungsungerechtigkeit verschärft.<sup>14</sup> Die Pandemie hat zu einem erheblichen Vertrauensverlust junger Menschen in unsere Demokratie geführt und darüber hinaus grundsätzliche strukturelle Schief lagen offenbar gemacht.

Die Pandemie als Brandbeschleuniger für benachteiligte junge Menschen in Umbruchphasen

Dabei handelt es sich keinesfalls um eine verschwindend kleine Gruppe, denn knapp ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben in Armut.<sup>15</sup> Kinder und Jugendliche, die

---

<sup>8</sup> Deutscher Bundestag, Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen Bundestages zum Thema „Krise trifft Gesellschaft – Auswirkungen der Corona-Krise auf die Lebensbedingungen junger Menschen“, Berlin, 23.06.2021, unter: [https://www.bundestag.de/resource/blob/849400/0651a5a6b379e8fe9d3f677e6951d50d/19\\_11-Stellungnahme-zum-Thema-Krise-trifft-Gesellschaft-Auswirkungen-der-Corona-Krise-auf-die-Lebensbedingungen-junger-Menschen--data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/849400/0651a5a6b379e8fe9d3f677e6951d50d/19_11-Stellungnahme-zum-Thema-Krise-trifft-Gesellschaft-Auswirkungen-der-Corona-Krise-auf-die-Lebensbedingungen-junger-Menschen--data.pdf), zuletzt geprüft am 23.07.2021, S. 2.

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Vgl. COPSY-Längsschnittstudie, unter: <https://www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisationspaedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/>, zuletzt überprüft am 20. August 2021 sowie Sabine Andresen, Lea Heyer, Anna Lips, Tanja Rusack, Wolfgang Schröer, Severine Thomas und Johanna Wilmes, „Das Leben junger Menschen in der Corona-Pandemie“, Gütersloh, März 2021, unter: [https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/JuCo\\_und\\_KiCo/Das\\_Leben\\_von\\_jungen\\_Menschen\\_in\\_der\\_Corona-Pandemie\\_2021.pdf](https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/JuCo_und_KiCo/Das_Leben_von_jungen_Menschen_in_der_Corona-Pandemie_2021.pdf), zuletzt geprüft am 20. August 2021.

<sup>11</sup> Vgl. Andresen et al. 2021, S. 16f, S. 33f.

<sup>12</sup> Vgl. Beutel et al., „Loneliness in the general population: prevalence, determinants and relations to mental health“, in: BMC Psychiatry (2017) 17:/97, unter: [file:///C:/Users/pretis/Downloads/Loneliness\\_in\\_the\\_general\\_population\\_Prevalence\\_de%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/pretis/Downloads/Loneliness_in_the_general_population_Prevalence_de%20(1).pdf), zuletzt geprüft am 26. August 2021, S. 1, S. 6.

<sup>13</sup> Vgl. Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, „COPSY-Studie: Kinder und Jugendliche leiden psychisch weiterhin stark unter Corona-Pandemie“, 10. Februar 2021, unter: [file:///C:/Users/pretis/Downloads/pm20210210\\_ergebnisse\\_2\\_befragung\\_copsy-studie-\(2\).pdf](file:///C:/Users/pretis/Downloads/pm20210210_ergebnisse_2_befragung_copsy-studie-(2).pdf), zuletzt geprüft am 26. August 2021.

<sup>14</sup> Baumann et. al 2021, S. 6, 13-19 sowie Kinderkommission des Deutschen Bundestags 06/2021, S. 2.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Dr. Irina Volf, Claudia Laubstein, Evelyn Sthamer, „Wenn Kinderarmut erwachsen wird ... Kurzfassung der AWO-ISS-Langzeitstudie zu (Langzeit-)Folgen von Armut im Lebensverlauf“, Frankfurt am Main, Dezember 2019, unter: <https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Kurzfassung-Ergebnisse-AWO-ISS-Langzeitstudie.pdf>, zuletzt geprüft am 26. August 2021, S. 5.

insbesondere in kultureller und gesundheitlicher Armut aufwachsen, haben in der Regel eine deutlich geringere Resilienz in Belastungssituationen. Einerseits verfügen sie grundsätzlich über weniger Ressourcen zur Bewältigung von Entwicklungsaufgaben in ihrem Lebensverlauf. Ihre Familien können sie weniger kompetent unterstützen oder als Vorbilder für den zukünftigen Lebensweg dienen. Sie haben weniger Vertrauen in ihre eigenen Kompetenzen im Vergleich zu ihren Altersgenossen ohne Armutserfahrungen. Andererseits müssen sie häufig mehrere Entwicklungsaufgaben gleichzeitig bewältigen. Diese oftmals multiplen Deprivationen und Überforderungssituationen drücken sich in einer vergleichsweise geringeren (psychischen) Gesundheit aus. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch der Aspekt, dass es deutschlandweit geschätzt 37.000 Straßenjugendliche gibt.<sup>16</sup>

Gerade gesellschaftlich benachteiligte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bräuchten besonders intensive Unterstützung in Übergangsphasen, um annähernd vergleichbare Chancen auf ein gutes Leben in unserem Land zu haben. Die Corona-Pandemie hat für sie nicht wie das vielbeschworene Brennglas fungiert, sondern war vielmehr ein Brandbeschleuniger für Chancenungleichheit. So folgerte die Bertelsmann-Stiftung im Vergleich der JuCo I- und JuCo II-Studien, dass junge Menschen mit weniger materiellen Ressourcen nicht nur finanziell, sondern auch psychisch stärker belastet seien.<sup>17</sup> Ein Drittel gibt an, seit der Pandemie größere finanzielle Sorgen zu haben. Je belasteter die Jugendlichen finanziell und emotional sind, desto größer ihre Zukunftsängste und desto geringer ihr Vertrauen in die Politik. Sozialarbeit hat auf Familienarmut allerdings keinen Einfluss, weshalb es elementar ist, die Ursachen für Familienarmut strukturell zu bekämpfen.<sup>18</sup> Denn auch sie haben ein Recht auf unbeschwerte Kindheits- und Jugenderfahrungen als Fundament für gesundes Erwachsenwerden. Dies möglich zu machen, ist die Pflicht einer wohlhabenden, demokratischen und sozial ausgerichteten Gesellschaft wie unserer. Das ist keine Frage des Könnens, sondern des Wollens und der Prioritätensetzung.

Während sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Pandemie überwiegend sehr solidarisch und verantwortungsvoll gegenüber Älteren und Schutzbedürftigen verhalten haben, wurden ihre speziellen Bedürfnisse in der Pandemie nicht nur systematisch übergangen, sondern sie kamen darüber hinaus in der öffentlich-politischen Debatte häufig als Regelbrechende, als Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten oder als Störfaktoren bei der Berufstätigkeit ihrer Eltern vor.

Was zeigt man Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen damit? Man zeigt ihnen, dass ihre altersspezifischen Bedürfnisse nichts zählen, dass ihre Interessen unwichtig sind und sie im politischen Entscheidungsfindungsprozess nicht vorkommen. Jeder Elternratgeber würde auf den ersten Seiten deutlich machen, dass sich der Nachwuchs nicht gut entwickeln kann, wenn man seine Bedürfnisse negiert und gleichzeitig Druck ausübt einem bestimmten Leistungsbild zu entsprechen. Wie kann es sein, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gesellschaftlich so ignoriert werden, obwohl sie mit den Konsequenzen heutiger Entscheidungen am längsten leben müssen? Wie sollen sie unter diesen Bedingungen das Fundament für unsere Zukunft, der Antrieb für neue Impulse, Perspektiven und die Lebendigkeit unserer Gesellschaft sein? Möglicherweise liegt es schlicht daran, dass es nur so wenige von ihnen gibt

---

<sup>16</sup> Vgl. Caroline Hoch, Straßenjugendliche in Deutschland. Ein Erhebung des Phänomens, Deutsches Jugendinstitut, Halle (Saale), unter: [file:///C:/Users/pretis/Downloads/Strassenjugendliche\\_Endbericht.pdf](file:///C:/Users/pretis/Downloads/Strassenjugendliche_Endbericht.pdf), zuletzt geprüft am 26. August 2021.

<sup>17</sup> Vgl. Andresen et. al. 2021, S. 34.

<sup>18</sup> Vgl. Fachforum, „Jugend in Armut = chancenlos? sozial ausgegrenzt? ohne Zukunft? Jeder junge Mensch hat Persönlichkeit und Potenziale!“ 17. Deutscher Kinder- und Jugendhilfetag, 20. Mai 2021, unter: <https://www.jugendhilfetag.de/veranstaltungen/event/jugend-in-armut-chancenlos-sozial-ausgegrenzt-ohne-zukunft-jeder-junge-mensch-hat-persoenlichkeit-und-potenziale>, zuletzt geprüft am 26. August 2021.

und ihre Interessen in unserer Demokratie nicht ihrer Bedeutung entsprechend vertreten werden.

#### Voraussetzungen schaffen – Personal- und Finanzierungsoffensive wagen

Die Partizipation von Kindern in der Kita ist im Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern im Paragraph 16 festgeschrieben. Die Einrichtungen setzen dies nach ihren Möglichkeiten um. Dabei stoßen sie personell und finanziell oft an ihre Grenzen. Eine oft genutzte Form der Beteiligung ist, Kinder in die Gestaltung der Außengelände oder der Beschaffung neuen Materials einzubeziehen und ihnen dort auch Entscheidungsmöglichkeiten zu bieten. Dies scheitert aber oft an der sogenannten Sachmittelpauschale. Um an dieser Stelle die Voraussetzungen für Beteiligung herzustellen, müssen finanzielle Möglichkeiten geschaffen werden, die sich von Pauschalen in der bekannten Form verabschieden. Vielmehr müssen Kitas eine Personal- und Finanzierungsoffensive bekommen, die ihnen erlaubt, Partizipation auch wirklich zu gewährleisten. Dafür muss der Fachkräftemangel in den Kitas konsequent angegangen werden. Um dies zu gewährleisten, müssen sich auch die Rahmenbedingungen in der Frühkindlichen Bildung ändern. Dazu gehört auch eine einrichtungsbezogene Finanzierung, die sich von starren Kind-Pauschalen und anderen bisher nicht auskömmlichen Pauschalen verabschiedet, so dass die Einrichtung wirklich dauerhaft autark und auskömmlich arbeiten kann. Dadurch wird die Frühkindliche Bildung auch wieder ein attraktiver Arbeitsplatz. Die Vor- und Nachbereitung der Erzieherinnen und Erzieher muss endlich auch entsprechend gewürdigt werden, damit auch mehr Zeit für pädagogisches Arbeiten mit den Kindern bleibt.

#### Junge Menschen sind eine schutzbedürftige Minderheit

Mit 45,7 Jahren weist Deutschland nach Japan, Italien, Martinique und Portugal weltweit (!) das höchste Durchschnittsalter auf.<sup>19</sup> Der Anteil von jungen Menschen zwischen 12 und 27 Jahren liegt in Deutschland bei etwa 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur acht Prozent von ihnen sind wahlberechtigt. Selbst bei einer Wahlalter-Absenkung wäre die Gruppe der jungen Generation deutlich unterrepräsentiert und bliebe eine Minderheit. Nach statistischen Prognosen wird sich ihr Anteil in den nächsten Jahren noch weiter verringern. Diese strukturelle Form der Diskriminierung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nennt sich Adulismus. Er zeigt sich auch dadurch, dass die Interessen junger Menschen weder angemessen vertreten, noch dass sie adäquat an Entscheidungen beteiligt werden, die ihre Lebenswelt betreffen.<sup>20</sup>

Dieser verhältnismäßig kleine Anteil an unserer Gesellschaft wird in wenigen Jahren unser aller Rückgrat sein, zwischen Kindheit und Alter. Deshalb ist es unsere Aufgabe, wenn nicht sogar unsere Pflicht, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu befähigen, handlungsfähig zu werden, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und selbstbestimmt eine gute Balance zwischen eigenen Bedürfnissen und den gesellschaftlichen Erwartungen zu finden.

<sup>19</sup> Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/242823/umfrage/laender-mit-dem-hoechsten-durchschnittsalter-der-bevoelkerung/>, Zahlen von 2020, zuletzt geprüft am 20.07.2021.

<sup>20</sup> Vgl. Blume 2021, S. 8ff.

Kinder- und Jugendgipfel der SPD-Fraktion, da fraktionsübergreifender Dialog von regierungstragenden Fraktionen faktisch aufgekündigt

In NRW sind die Bemühungen zur Etablierung einer landesweiten Kinder- und Jugendstrategie leider zum Stillstand gekommen. Am Ende der letzten Wahlperiode hatten sich alle Fraktionen noch darauf verständigt, in der aktuellen Wahlperiode „den Prozess zur Beteiligung junger Menschen auf Landesebene sicherzustellen und voranzutreiben“.<sup>21</sup> Bewegt hat sich in den Folgejahren allerdings nichts. Ein Hoffnungsschimmer zeigte sich im November 2020, als die demokratischen Fraktionen auf der Fachtagung „Eine Jugendstrategie für NRW“ des Landesjugendrings erklärten, dass die Einmischende Jugendpolitik in NRW weiterentwickelt werden müsse, wozu eine Jugendstrategie beitragen könne.<sup>22</sup> Die Hoffnung war jedoch unbegründet, da die regierungstragenden Fraktionen spätestens mit ihrem Antrag „Ein Landesjugendparlament für Nordrhein-Westfalen!“<sup>23</sup> im Juni 2021 faktisch aus dem fraktionsübergreifenden Dialog ausgestiegen sind.

Ernstgemeinte Jugendbeteiligung kann sich nicht auf eine einzelne, möglicherweise sehr selektive Maßnahme beschränken, zumal dann nicht, wenn die Interessensvertretung von jungen Menschen dabei nicht einmal miteinbezogen wurde. So heißt es in der Positionierung des Landesjugendrings NRW vom 28. Juni 2021: „Nun gibt es einen Antrag, über den wir nicht informiert wurden und der uns, freundlich gesagt, stark irritiert. Der Antrag fordert keine umfassende und krisensichere Jugendbeteiligung, sondern eine konkrete Maßnahme.“<sup>24</sup>

Um den Faden echter Kinder- und Jugendbeteiligung auf Augenhöhe wieder aufzugreifen und ein starkes Signal für eine wirkungsvolle Eigenständige und Einmischende Kinder- und Jugendpolitik in NRW zu senden, hat die SPD-Fraktion am 17. August 2021 einen Kinder- und Jugendgipfel abgehalten. Dabei sind folgende Punkte noch einmal mehr deutlich geworden:

- Wenn wirklich gewollt ist, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mitbestimmen können, dann braucht es dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen mit der entsprechenden Haltung. Das bedeutet, Entscheidungstragende müssen sich auf die Bedürfnisse von jungen Menschen einlassen, ausreichend Zeit und Kapazitäten dafür mitbringen und einplanen. Mehr Austausch und Dialog mit Politikerinnen und Politikern ist gewünscht („Fragt uns!“). Entscheidend sei dabei, ob junge Menschen sich selbstwirksam erleben könnten, oder ob sie, letztendlich doch die frustrierende Erfahrung machen würden, nichts bewirken zu können und sich das Gefühl der Scheinbeteiligung einstellen würde.
- Vielfach überwog das Gefühl, Beteiligung sei von der Politik nicht gewollt, junge Menschen würden nicht ernst genommen: Die Jugendlichen forderten einen Platz in der Politik, um diese zu gestalten. Politische Mitbestimmung dürfe kein Privileg sein, sondern sei ihr gutes Recht. Man sollte nicht über Jugendliche bestimmen, sondern sie mitbestimmen lassen, denn der Eindruck war verbreitet: „Man wird nur angehört und nicht gehört.“

<sup>21</sup> Vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-14666.pdf>, zuletzt geprüft am 26. August 2021.

<sup>22</sup> Vgl. Landesjugendring NRW, „Fachtagung, „Eine Jugendstrategie für NRW“, 1. Dezember 2020, unter <https://www.ljr-nrw.de/fachtagung-eine-jugendstrategie-fuer-nrw/>, geprüft am 26. August 2021.

<sup>23</sup> Vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14281.pdf>, zuletzt geprüft am 26. August 2021.

<sup>24</sup> Vgl. Landesjugendring NRW, „Positionierung vom 28. Juni 2021“, unter: [https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Positionierung\\_Antrag-Jugendparlament-1.pdf](https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2021/06/Positionierung_Antrag-Jugendparlament-1.pdf), zuletzt geprüft am 26. August 2021.

- Kinder und Jugendliche haben kaum Möglichkeiten, in der für sie so prägenden Lebenswelt Schule mitzubestimmen oder sind sich bestehender Beteiligungsmöglichkeiten kaum bewusst. Politischer Diskurs werde vielmehr grundsätzlich aus der Schule verbannt, statt erlernt. Die Abschaffung des Schulfachs „Sozialwissenschaften“ wirkt dieser Entwicklung sicherlich nicht entgegen, sondern verstärkt die mangelnde Demokratiebildung.
- Auch brauchen Kinder mehr Vertrauen und Zutrauen von Erwachsenen in ihre Problemlösungsfähigkeiten. Sie sind in der Pflicht, die richtigen Impulse zu setzen, damit sie ihre Ideen entwickeln und wirklich mitwirken können. Selbst junge Kinder haben verblüffende Problemlösungsfähigkeiten, Expertise und wir sind gut beraten, von ihnen zu lernen, etwa im Bereich der Streitschlichtung, der gewaltfreien Kommunikation und haben ein großes Bewusstsein für die Wichtigkeit intakter Natur oder der Verkehrssicherheit.

Zur Austragung eines solchen Gipfels hatte die SPD die Regierung bereits am 26. März 2021 aufgefordert,<sup>25</sup> was die regierungstragenden Fraktionen jedoch ablehnten.<sup>26</sup> Der vorliegende Antrag, der sich aus Gesprächen mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit der SPD-Fraktion im Rahmen eines Kinder- und Jugendgipfels speist, versteht sich deshalb als Angebot, wieder fraktionsübergreifend in den Dialog zu kommen, um ein starkes Signal für eine wirkungsvolle eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik in NRW zu setzen.

## II. Der Landtag stellt fest,

1. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben eigenständige Entwicklungsbedürfnisse und Interessen. Sie haben von Geburt an ein Recht auf Beteiligung. Es ist nicht nur Aufgabe der Erwachsenen-Generation dies anzuerkennen und für diese schutzbedürftige Minderheit gesamtgesellschaftlich einen adäquaten Rahmen für gesunde Entwicklung zu setzen. Gleichzeitig ist wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung die Lebensversicherung für den Fortbestand unserer Demokratie.
2. Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und ihre Familien leisteten und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie. Dabei tragen sie gesamtgesellschaftlich unverhältnismäßig hohe Kosten, die z.T. ihre Belastungsgrenzen deutlich überschreiten und ihre gesunde Entwicklung gefährden.
3. Fehler sind vor allem dann Fehler, wenn man nicht aus ihnen lernt. Deshalb bietet die Krise nun den Entscheidungstragenden in NRW die Chance, die richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Das bedeutet eine gesamtgesellschaftliche Richtungsentscheidung, den Schutz, das Wohlergehen, die Interessensvertretung und die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei politischen Entscheidungen und deren Umsetzung als echte Priorität zu behandeln.
4. Junge Menschen sollen sich in Politik und Gesellschaft NRWs wiederfinden. Im Sinne echter Beteiligung und Partizipation heißt das, ihnen tatsächlich ein Stück Gestaltungsmacht abzugeben und ihren Anliegen mehr Raum zu geben. Dementsprechend muss Partizipation nicht nur gesetzlich verankert, sondern vor allem auch in der Realität von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen angemessen und verbindlich umgesetzt

<sup>25</sup> Vgl. Antrag der Fraktion der SPD, „Kindern, Jugendlichen und Familien aus der Pandemie helfen“ vom 16. März 2021, unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-13066.pdf>, zuletzt überprüft am 20. August 2021.

<sup>26</sup> Vgl. Plenarprotokoll vom 26. März 2021, unter: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP17-123.pdf>, zuletzt überprüft am 20. August 2021, S. 40.



werden. Dafür braucht es vielfältige und niedrigschwellige Beteiligungsformate,<sup>27</sup> die langfristig und unabhängig von der Priorisierung der Erwachsenen garantiert werden.

### III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsaufgabe strukturell, krisenfest und verbindlich zu etablieren. In dieser Verankerung muss sich die gesellschaftliche und politische Priorität dieses Ziels widerspiegeln, so dass ein steuerndes, ressort-übergreifendes und systematisches politisches Handeln gewährleistet ist. Die enge Verzahnung mit den entsprechenden Forschungseinrichtungen, kommunalen Spitzenverbänden, der Zivilgesellschaft, der organisierten Interessensvertretung und dem repräsentativen Einbezug nicht-organisierter junger Menschen ist dabei umfassend zu gewährleisten.
2. in den fraktionsübergreifenden Dialog zur Weiterentwicklung Eigenständiger Kinder- und Jugendpolitik zurückzukehren unter Berücksichtigung der Stimmen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei soll der Wille, diesen Dialog ergebnisorientiert voranzubringen und als politische Priorität zu behandeln, deutlich erkennbar sein.
3. zur Erreichung und Wahrung dieses Ziels eine landesweite Kinder- und Jugendstrategie zu entwickeln. Sie soll mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gemeinschaftlich erarbeitet, begleitet, weiterentwickelt und umgesetzt werden. Echte Beteiligung ist anstrengend und sehr ressourcenintensiv. Deshalb braucht es ausreichende zeitliche und personelle Ressourcen sowie die Möglichkeit bestehende und zukünftige Partizipationsmöglichkeiten niedrigschwellig und unkompliziert benutzen zu können. Dabei ist eine fundierte wissenschaftliche Begleitung zu gewährleisten sowie ein kontinuierliches Lernen aus positiven und negativen Erfahrungen aus bereits angewandten Strategien, wie etwa der Bundesjugendstrategie.
4. die Anbindung und Steuerung der Kinder- und Jugendstrategie entsprechend prioritär im Verwaltungsapparat aufzuhängen, etwa in der Staatskanzlei mit einer Stabsstelle, interministeriellen Arbeitsgruppe o.a. mit Unterstützung wissenschaftlich neutral beratender und/oder koordinierender Gremien. Wichtig ist dabei, dass alle Ressorts gemeinsam Verantwortung für die Umsetzung der Strategie übernehmen, nicht primär das fachlich federführende Ministerium.
5. ein wissenschaftsbasiertes, politisch neutrales Gremium damit zu beauftragen eine solche Strategie zu erarbeiten. Zur Begleitung des Prozesses ist die Etablierung eines Steuerungsgremiums sinnvoll, das die enge Abstimmung mit den Interessensvertretungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewährleistet. Den Auftakt für direkte, sichtbare und wirkungsvolle Partizipation junger Menschen an der Entwicklung ihrer „eigenen“ Kinder- und Jugendstrategie soll ein landesweiter Kinder- und Jugendgipfel, der von allen Fraktionen des Landes getragen wird, dienen.
6. das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken. So können junge Menschen ihre Interessen wirkungsvoll in den politischen Willensbildungsprozess einbringen. Ihre gesellschaftliche Unterrepräsentation kann damit zumindest reduziert werden.

---

<sup>27</sup> Eine Überprüfung adaptierbarer Best-Practice-Erfahrungen anderer Bundesländer für NRW scheint dafür sinnvoll, vgl. etwa [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kinderJugendhilfe/Kinder\\_und\\_Jugendbeteiligung/Kinder\\_und\\_Jugendbeteiligung\\_teaser.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kinderJugendhilfe/Kinder_und_Jugendbeteiligung/Kinder_und_Jugendbeteiligung_teaser.html), zuletzt geprüft am 26. August 2021.

7. die Partizipationsrechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Landesverfassung zu verankern. Dies muss sich auch in der Geschäftsordnung des Landtags NRW ausdrücken, indem jungen Menschen ein verbrieftes Anhörungsrecht analog zu dem der kommunalen Spitzenverbände verliehen wird.
8. transparente, wirkungsvolle und gesellschaftliche repräsentative Partizipationsformate für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu entwickeln, die demokratisch legitimiert und damit geeignet sind, die breite Berücksichtigung unterschiedlicher Interessenslagen zu gewährleisten. Ein Mix aus vielfältigen Beteiligungsformaten inkl. 1000-Stimmen-, sowie 100-Kita-Befragungen und einem Kinder- und Jugend-Monitoring ist dafür notwendig.
9. einen Kinder- und Jugendcheck auf Landesebene zu etablieren, d.h. eine für alle Ressorts verbindliche Gesetzesfolgenabschätzung mit entsprechender Übermittlung an die Entscheidungstragenden. Damit sind alle Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu überprüfen und sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse dabei passgenau und angemessen berücksichtigt sind.
10. sicherzustellen, dass alle Ressorts umfassend prüfen, welche Prozesse und Entscheidungen unmittelbar und mittelbar auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wirken. Dies ist die Grundlage, um – unter ihrer unmittelbaren Beteiligung – Maßnahmen abzuleiten und zu vereinbaren, die die angemessene Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse und Interessen gewährleisten.
11. im Zuge dieses Prozesses einen verstärkten Fokus auf Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu legen, die in Armut aufwachsen und damit im Vergleich zu ihren Altersgenossinnen und -genossen ohnehin sozial-, bildungs- und entwicklungsbenachteiligt sind. Diese Ungleichheit gilt es strukturell, dauerhaft und prioritär auszugleichen, sowohl mit Blick auf ihre spezifischen Bedürfnisse, als auch auf die Gewährleistung ihrer Beteiligung an politischen Entscheidungen.
12. in diesem Prozess der kommunalen Jugendbeteiligung auch in der Gemeindeordnung besondere Beachtung zu schenken, da sich hier die Lebenswelt junger Menschen abspielt.
13. in den Einrichtungen der Frühkindlichen Bildung die sachlichen und personellen Voraussetzungen durch eine Personal-, Finanzierungs- und Qualitätsoffensive zu schaffen, damit Partizipation nicht nur theoretisch bleibt, sondern auch praktisch umgesetzt werden kann. Dies bedeutet, dass sich die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen grundlegend ändern müssen. Es muss eine einrichtungsbasierte Finanzierung erfolgen. Damit müssen sich auch die Arbeitsbedingungen für das Personal verbessern und attraktiver werden, bspw. durch Aufstiegsmöglichkeiten in den einzelnen Einrichtungen. Auch ist es wichtig, entsprechende Module wie „Beteiligungsverfahren“ oder „Demokratiebildung“ in die Ausbildung zu integrieren.
14. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu befähigen, ihre eigene Bildung selbst mitzugestalten. Grundlage dafür ist es in kommunalen Bildungslandschaften<sup>28</sup> zu denken, die formales (Schule, Ausbildung, Studium) und informelles Lernen (Träger der Kinder- und Jugendarbeit, Projekte der Zivilgesellschaft) miteinander verbinden und die ganzheitlichen

---

<sup>28</sup> Vgl. dazu eingehender Landesjüngerring NRW, Zukunftsplan Bildungslandschaften, Düsseldorf 2018, unter: [https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2018/12/Zukunftsplan\\_Bildungslandschaften\\_2018\\_Kurzfassung.pdf](https://www.ljr-nrw.de/wp-content/uploads/2018/12/Zukunftsplan_Bildungslandschaften_2018_Kurzfassung.pdf), zuletzt geprüft am 26. August 2021.

Entwicklungsbedürfnisse (sozial, emotional, kognitiv und physisch) von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Blick haben und zur obersten Priorität machen.

15. im Sinne ganzheitlicher kommunaler Bildungslandschaften darauf hinzuwirken, dass insbesondere die Lebenswelt Schule von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen deutlich stärker adressaten- und beteiligungsgerecht mitgestaltet werden kann.

Thomas Kutschaty  
Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Eva-Maria Voigt-Küppers  
Regina Kopp-Herr  
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion